

# Stadtbild-Debatte erreicht den Römer



Anlass für die hiesige Stadtbild-Debatte: die zentrale Einkaufsstraße Zeil in der Frankfurter Innenstadt  
*Frank Röth*

**Von Mechthild Harting**

## **Emotional diskutieren die Stadtverordneten die Aussagen von Kanzler Merz – in Frankfurt, wo jeder Zweite eine Migrationsgeschichte hat.**

Die Frage von Michael Müller hat zunächst nach einem unspektakulären politischen Schlagabtausch geklungen. Der Linken-Politiker wollte wissen, wie die Stadt Frankfurt die Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz bewertet, in denen „Menschen mit vermutetem Migrationshintergrund zum Problem für das Stadtbild in Deutschland erklärt werden“. Die dann folgenden vierzig Minuten hatten es aber in sich: Es entstand eine in ihrer Schärfe und Emotionalität selten so heftig geführte Debatte im Frankfurter Stadtparlament. Emotional war sie allein deshalb, weil von den elf Rednern, die sich zur Stadtbild-Debatte zu Wort meldeten, fünf Stadtpolitiker

einen Migrationshintergrund haben – darunter auch Bürgermeisterin Nargess Eskandari-Grünberg.

„Wir erleben täglich, dass die Würde des Menschen angegriffen wird“, sagte die Grünen-Politikerin. Es seien die Äußerungen wie die des Bundeskanzlers zum Stadtbild, der die Menschen der ersten, zweiten und dritten Generation mit Migrationsgeschichte „verletzt – ich gehöre auch dazu“. Selbstverständlich gebe es Probleme in unserer Gesellschaft, auch in Frankfurt, „die wir nicht tabuisieren dürfen – die wir gemeinsam zu lösen haben“. Nur von Abschottung und Abschiebung zu sprechen, das helfe nicht weiter, sagte sie und verwies auf die rund 2000 Menschen in Frankfurt, die „in Dauerduldung verharren“. Auch denen müsse die Stadt eine Zukunftsperspektive geben. „Frankfurt war, ist und bleibt eine Willkommensstadt und eine diverse Stadt, die auf die Prägung durch ihre unterschiedlichen Einwanderungsgeschichten stolz ist.“

Grünen-Politiker Emre Telyakar nahm diesen Gedanken auf: „Frankfurt gehört denen, die hier leben – nicht den Schlagzeilen“, sagte er. Für ihn bedeute eine sichere Stadt, dass diese Wohnraum mit bezahlbaren Mieten und „lebenswerte Quartiere mit solidarischen Netzwerken“ biete. Vor allem gebe es die Aufgabe, den öffentlichen Raum gegen Gewalt, Vermüllung und Verdrängung zu schützen, und das gelinge nur durch eine „stabile Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit, kostenlosen Schwimmbadeintritt für Kinder, Suchthilfezentren, Prävention und die Weiterentwicklung der Innenstadt“. An den Bund richtete er deshalb die Forderung: „Gebt uns Kommunen Mittel, damit wir mehr liefern können.“

SPD-Politiker Omar Shehata warf Bundeskanzler Merz vor, dass eigentlich gewünscht werde, diejenigen mit Migrationshintergrund in der Stadt nicht sehen zu wollen. „Solange wir unsichtbar sind, ist alles gut“, sagt er. Doch „hängen wir mit

unseren Freunden in der Innenstadt ab, weil man sich in deutschen Innenstädten als armer Menschen ohnehin nichts leisten kann, dann beginnen die Probleme“.

Haluk Yildiz von der rechtskonservativen BFF-Big-Fraktion, der im März 2024 im Stadtparlament noch für Aufsehen sorgte, weil er am Rednerpult plötzlich die Palästina-Flagge hochhielt, sagte: „Ich und viele andere Menschen in diesem Land hätten uns ganz andere Worte von einem verantwortungsvollen Kanzler gewünscht.“ Merz hätte sich mit dem Hinweis an die Bevölkerung wenden sollen, dass es Probleme gebe wie steigende Lebenshaltungskosten und Mieten, einen unzureichenden Nahverkehr und auch wachsende Gewalt – Probleme, die gemeinsam gelöst werden müssten. Stattdessen grenze er aus und befeuere so radikale Kräfte „in unserem Land“, rechts wie links.

Für Linken-Politiker Müller bedient Merz vor allem die „Narrative der Rechtspopulisten“ und stärke so die AfD, „die er doch in den Umfragen noch halbieren wollte“. In einem Antrag der Linken, dem die Mehrheit mit Stimmen von Grünen, SPD, Volt, Linken und Fraktion zustimmte, verurteilte das Stadtparlament die Aussagen von Merz „aufs Schärfste“ und wies sie als „rassistisch zurück“.

„Wir müssen Probleme aber auch benennen können“, hielt Isabel Schnitzler (FDP) dagegen. „Wir haben auch in Frankfurt ein Problem mit Sicherheit und Integration.“ Eine weltoffene Stadt zu sein, könne nicht bedeuten, „dass wir eine Stadt sind, die wegschaut“. Wenn Menschen abends in der Innenstadt davor Angst hätten, homophob oder antisemitisch angepöbelt zu werden, die Übergriffe zunehmen, „dann muss das benannt werden dürfen, ohne gleich als Reaktionär abgestempelt zu werden“.

Martin-Benedikt Schäfer (CDU) ergänzte: Wer mit offenen Augen durch unsere Städte, auch durch Frankfurt gehe, der sehe natürlich, dass sich das Stadtbild in den letzten Jahren verändert habe. „Das ist eine nüchterne Feststellung.“ Die Debatte müsse darüber geführt werden, denn die Menschen ärgerten sich über das Stadtbild – auch in Frankfurt. „Und zwar über die enorme Zunahme an Vermüllung und Verwahrlosung.“

Markus Fuchs (AfD) sprach mit Blick auf die Initiatoren der Debatte vom „üblichen, linken Schauspiel“ – inklusive Rassismus-Vorwurf. Der SPD riet er, sich nicht von einer „hyperventilierenden Linken anstecken zu lassen“, fast fünfzig Prozent ihrer Wähler stimmten dem Kanzler zu.

Jutta Ditfurth (Ökolinx) merkte an: „Was für eine seltsame Debatte um die Äußerung eines ziemlich dummen Mannes.“